

DIE LINKE

Fraktion im Dresdner Stadtrat



April 2018

LINKE startet Plakataktion und Sozialtour „Für eine soziale Stadt. Für ein soziales Land.“

von Maximilian Kretzschmar

Vor wenigen Tagen behauptete der Bundesminister für Gesundheit Jens Spahn (CDU), der auch Mitglied des CDU-Parteipräsidiums ist, dass Hartz IV nicht Armut bedeute. Der LINKE-Fraktionsvorsitzende André Schollbach findet dazu deutliche Worte: „Diese Äußerungen sind realitätsfern, abgehoben und von sozialer Kälte geprägt. Er hat ganz offensichtlich keine Ahnung, wie es jenen Menschen geht, die auf Hartz IV angewiesen sind.“ Deutschland sei sozial gespalten. Es gebe eine erhebliche Ungerechtigkeit zu beklagen. „Die reichsten zehn Prozent der Haushalte besitzen mehr als die Hälfte des gesamten Nettovermögens. Demgegenüber verfügt die untere Hälfte der Bevölkerung lediglich über einen Anteil von einem Prozent am Nettovermögen“, so Schollbach weiter.

Doch es soll nicht nur bei Worten bleiben. Deshalb hat die Fraktion DIE LINKE eine Plakataktion gestartet. Im gesamten Stadtgebiet wurden in den vergangenen Tagen 500 Plakate mit der Aufschrift „Für eine soziale Stadt. Für ein soziales Land.“ aufgehängt. DIE LINKE will mit diesen Plakaten auf soziale Probleme und Armut in un-

serer Gesellschaft aufmerksam machen sowie für mehr soziale Gerechtigkeit eintreten. Gleichzeitig soll mit dieser Plakataktion auf eine „Sozialtour“ aufmerksam gemacht werden: Am 10. April 2018 gehen die LINKE-Stadträtinnen Pia Barkow und Kerstin Wagner (beide Mitglied im Sozialausschuss) gemeinsam mit André Schollbach auf Sozialtour. Sie wollen mit den Bürgerinnen und Bürgern über soziale Themen ins Gespräch kommen und bieten dazu an diesem Tag insgesamt fünf Bürgergesprächstunden in der Stadt Dresden an.

Über 65.000 Dresdnerinnen und Dresdner arm oder armutsgefährdet

In Dresden leben derzeit 65.700 Menschen (12 Prozent) in Haushalten, die als arm bzw. armutsgefährdet gelten. Damit ist jeder achte Dresdner arm oder armutsgefährdet. Stadträtin Kerstin Wagner sagt dazu: „Um Menschen mit geringem Einkommen finanziell zu entlasten, haben wir immer wieder Anträge gestellt und konkrete Verbesserungen durchgesetzt. So wurde zum Beispiel das Sozialticket für Bus

und Bahn eingeführt. Aus dem 2-Millionen-Euro-Sozialpaket, das wir im städtischen Haushalt verankert haben, konnten verschiedene soziale Projekte gesichert oder ermöglicht werden.“ In der Stadt sind aktuell über 26.000 Personen Inhaber oder Inhaberin des Dresden-Passes. Der Dresden-Pass ist eine freiwillige und zusätzliche Leistung der Stadt für Einwohnerinnen und Einwohner mit geringem Einkommen. Der

Dresden-Pass berechtigt unter anderem zum kostengünstigeren Besuch von Kultureinrichtungen, Sportstätten und Bädern, zur Nutzung der Städtischen Bibliotheken Dresden ohne Jahresgebühr sowie zum Erwerb des „Sozialtickets“ der Dresdner Verkehrsbetriebe. Anträge für den Dresden-Pass sind in den Bürgerbüros der Landeshauptstadt Dresden erhältlich sowie im Internet www.dresden.de/dresden-pass unter abrufbar.

Bürgersprechstunde mit den Stadträtinnen Pia Barkow und Kerstin Wagner sowie Stadtrat André Schollbach

Für eine soziale Stadt.

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat

10. April

08:30 Uhr Neustadt, Albertplatz
10:00 Uhr Mickten, vor Straßenbahnhof
11:30 Uhr Gorbitz, Amalie-Dietrich-Platz
13:00 Uhr Johannstadt, vor »Modrow-Kaufhalle«
14:30 Uhr Prohlis, vor Prohliszentrum



Foto: Henning Hraban Ramm / pixelio.de

André Schollbach empfängt chinesische Delegation

von Andreas Naumann

Seit dem Vertrag zur Städtepartnerschaft mit der chinesischen Millionenstadt Hangzhou füllt sie der Autor des Artikels, Stadtrat Naumann, durch zahlreiche Initiativen und Projekte mit Leben; sowohl in Hangzhou wie in Dresden.

Ende Februar war wieder eine Delegation von 17 jungen Studenten der Jiliang Universität Hangzhou in Dresden zu Gast. Sie sind in der Endphase ihres Studiums und werden einmal in technische Berufe gehen bzw. viele von ihnen wollen selbst sogenannte Startup Unternehmen aufbauen. Die Jiliang Universität, an der sie ihr Studium derzeit absolvieren, gehört mit 50.000 Studenten zu den großen der acht Universitäten von Hangzhou.

In Dresden erkundigten sie sich nach dem Stand moderner Infrastrukturen und nach Möglichkeiten, im Energiebereich eigenständig zu arbeiten. Darum nahmen sie an einem Existenzgründersseminar teil, besuchten die Stadtentwässerung Dresden, das Kraftwerk an der



LINKE-Fraktionsvorsitzender André Schollbach (Bildmitte) mit den chinesischen Studentinnen und Studenten aus Dresdens Partnerstadt Hangzhou
Foto: Andreas Naumann

Nossener Brücke sowie die VW-Fabrik am Straßburger Platz. Über die Wirtschaft und ihre Entwicklungsvorhaben wurde sie bei einem Gespräch mit dem Amtsleiter für Wirtschaftsförderung der Stadt, Dr. Franke informiert.

Ein besonderer Teil des Aufenthaltes der Delegation war der Empfang im Landtag bei dem Fraktionsvorsitzenden der Stadtratsfraktion André Schollbach. Nach einer Führung durch den Landtag

wurden sie von André Schollbach zu einem Mittagessen eingeladen. Danach stellte er die Struktur und Arbeitsweise des Landtags, seine Arbeit als Abgeordneter und die Politik der LINKEN vor. Das Interesse der chinesischen Studenten war sehr groß. Sie hinterfragten die politischen Möglichkeiten im Landtag, wollten wissen das politische System funktioniert und diskutierten mit ihm über die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung.

Letztlich wurde der Termin bei André Schollbach um eine Stunde überzogen, ohne dass es jemand bemerkt hat.

Die Studenten sind inzwischen wieder an ihrer Universität in Hangzhou. Ihre Eindrücke und Erfahrungen von Dresden werden sie ihren Kommilitonen weitererzählen, das weiß ich von mehreren Besuchen in Hangzhou.

#stadtrat Weitere Themen der Stadtratssitzung am 22. März 2018

Stadtgrün

Einstimmig beschlossen wurde vom Stadtrat der TOP „Beteiligung der Landeshauptstadt Dresden am Bundesförderprogramm Zukunft Stadtgrün“. In der Vorlage wird ein rund 170 Hektar großes Gebiet beschrieben, in dem über einen Grünzug mit integriertem Rad- bzw. Fußweg eine Verknüpfung zwischen den großen Wohngebieten des südöstlichen Teiles

der Stadt Dresden mit den öffentlichen Freiflächen und Wegen entlang des Elbufers geschaffen werden soll. Für die Bürgerinnen und Bürger in Prohlis, Laubegast, Tolkewitz und Leuben würde somit eine große öffentlich nutzbare Naherholungsfläche entstehen - und das gut erreichbar. Nun stehen mehr als 12 Mio. Euro Bundesfördermittel in Aussicht.

Schulsanierung

Gemeinsam behandelt wurden die Tagesordnungspunkte 11 bis 13 in der März-Ratssitzung, in denen es um verschiedene Sanierungsplanungen für Neustädter Schulen ging. Fraktionsübergreifend einstimmig beschlossen wurden so die Sanierungen des Gymnasiums Dreikönigsschule, und der 15. und 19. Grundschule.

Neues Rathaus kommt

Bereits im Jahr 2025 soll das neue Verwaltungszentrum am Ferdinandplatz fertig gestellt sein. Im Jahr 2018 soll hierzu das Verfahren für den Bebauungsplan beginnen und im Winter 2018 abgeschlossen werden. Geplant ist der Bau des Verwaltungszentrums auf dem heute genutzten Parkplatz neben dem Karstadt.

Bürgersprechstunde mit den Stadträtinnen Pia Barkow und Kerstin Wagner sowie Stadtrat André Schollbach

Für ein soziales Land.

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat

10. April

08:30 Uhr Neustadt, Albertplatz
10:00 Uhr Mickten, vor Straßenbahnhof
11:30 Uhr Gorbitz, Amalie-Dietrich-Platz
13:00 Uhr Johannstadt, vor »Modrow-Kaufhalle«
14:30 Uhr Prohlis, vor Prohliszentrum

V.i.S.d.P.: ANDRÉ SCHOLLBACH

Elbufer für Alle statt „Marina Garden“

B-Plan beschlossen!



Statt Luxusbebauung bis zum Elbufer kann hier nun eine für alle Dresdnerinnen und Dresdner nutzbare und umweltverträgliche Fläche entstehen. Diese Planung ist wesentlich sinnvoller als das ehemalige Bauvorhaben, welches die Dresden Bau mit Gewalt und wider besseres Wissen anstrebte.

Stadträtin Jacqueline Muth

DIE LINKE.

Fraktion im Dresdner Stadtrat

Die nächste Ausgabe erscheint am:
25. April 2018

Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
E-Mail: fraktion@dielinke-dresden.de
V.i.S.d.P. Thomas Feske
Satz und Layout: Max Kretzschmar

Mitarbeit an dieser Ausgabe:
Andreas Naumann, Cornelia Eichner, Kerstin Wagner, Maximilian Kretzschmar
Fotos: pixabay, Cornelia Eichner

Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei

Zum Streitgespräch von Durs Grünbein und Uwe Tellkamp

Kein Entweder-Oder: Plädoyer für Differenzierung im Dialog

von Cornelia Eichner

Anfang März trafen die beiden wohl bekanntesten, lebenden Autoren Dresdens - Durs Grünbein und Uwe Tellkamp - zum Streitgespräch aufeinander, eingeladen durch das Kulturhauptstadtbüro. Es ging um nichts weniger als um die Verteidigung des hohen Gutes der Meinungsfreiheit als Bestandteil unserer Verfassung. Kulturbürgermeisterin Anne Klepsch eröffnete konsequenterweise auch die Veranstaltung mit dem Vorlesen des Grundgesetzartikels, in dem eben auch die Schranken der Meinungsfreiheit an den geltenden Gesetzen, dem Recht der persönlichen Ehre und an der Verfassung benannt sind.

Beide Autoren haben, wie die Moderatorin des Abends, Karin Großmann, betonte, so einige Gemeinsamkeiten: Beide in den 1960er Jahren in Dresden geboren, hier aufgewachsen. Beide sind sowohl in der Lyrik, als auch in der Prosa zu Hause, beide haben interessante Bücher über ihre Zeit im Dresden vor der Wende geschrieben und sind literarisch überaus erfolgreich. Beide sind mehrfach mit bedeutenden Preisen ausgezeichnet worden, Grünbein z.B. mit dem Büchner-Preis und dem Großen Verdienstkreuz mit Stern, Tellkamp u.a. mit dem Büchner-Preis und dem Deutschen Buchpreis. Während Grünbein seine Rede mit humanistischen Grundlagen und Wertschätzung für das hohe Gut der freien Rede freier Bürger und für den gemeinsamen Diskurs beginnt, startet Tellkamp sogleich mit einer Aufzählung zumeist rechtspopulistischer und verknappter Parolen, darunter auch mehrere Falschaussagen (fast alle Geflüchteten seien nicht schutzbedürftig, unter allen in letzter Zeit abgefuckelten Fahrzeugen seien nie welche von Linken gewesen), fokussiert sich massiv auf Flüchtlingsthematik und kipfelt in der Behauptung, in unserem Lande herrsche Gesinnungsdiktatur.

Dieser Begriff der "Gesinnungsdiktatur" wiederum ist dem Pamphlet entnommen, zu dessen Erstunterzeichnern Tellkamp gehört. Ein Papier, welches vorgibt, Nachfolger der berühmten Charta 1977 zu sein, entstanden im Prager Frühling als Reaktion auf Menschenrechtsverletzungen in der Tschechoslowakei. Doch dieser Nachfolger ist keiner. Eher reiht er sich ein in aktuelles, neurechtes Hate-Speech - in rechtspopulistische, phrasengeprägte Effekthascherei.

Kurz darauf ruft eine Gruppe Dresdner Schriftsteller*innen und Literaturwissenschaftler*innen dazu auf, diese Art der Aggression in der öffentlichen Rede nicht mehr hinzunehmen, rechtspopulistische Propaganda nicht mehr widerspruchslos zu dulden. Einig war man sich, dass es dabei zu keinem Kampfgespräch kommen dürfte, das Geschrei auf den Straßen ist schon zu groß und zu viel. Grünbein, Lyriker



Durs Grünbein bei seinem Input-Referat

Fotos: Cornelia Eichner

und humanistischer Feingeist mit Bedürfnis nach differenzierter Betrachtungsweise, unterstützt diesen Aufruf.

Diese beiden Papiere waren dem Kulturhauptstadtbüro Anlass, den jeweils bekanntesten Unterzeichner zum Streitgespräch einzuladen. Gedacht als überschaubares Foyergespräch, zeigte sich

schnell, dass die Nachfrage erheblich größer war, sodass der Saal des Kulturpalastes für diese Veranstaltung geöffnet wurde, in dem schließlich rund 800 Interessierte Platz fanden.

Durs Grünbein reagierte entspannt und souverän auf Tellkamps Auflistung rechtspopulistischer Parolen, zerlegte

unhaltbare Behauptungen, versuchte immer wieder zur eigentlichen Thematik des Abends - die Situation der Meinungsfreiheit - zurückzukehren. Es ist doch kein Entweder-Oder-Ding, sagte er, wir brauchen nicht unsere Bevölkerung zu vernachlässigen, um Menschen in Not Schutz zu gewähren, der aktuelle Bundeshaushalt gäbe ein gutes Leben für alle her, wenn die Politik stimmen würde.

Karin Großmann, Redakteurin der Sächsischen Zeitung, hätte stärker moderieren können. Aber ja, sie ist eher eine Frau der leiseren Töne, eines feinen Humors. Ihre entsetzte Mimik sprach phasenweise Bände. Das Publikum wirkte gespalten, polarisiert, wie der Applaus für Grünbein und Tellkamp zeigte. Tellkamps Äußerungen entsetzten nicht nur Teile des anwesenden Publikums, sondern auch weite Kreise der Medienöffentlichkeit. Der Suhrkamp-Verlag - Hausverlag beider Autoren - distanzierte sich von Tellkamps Aussagen.

Ob unsere Gesellschaft derartige Streitgespräche benötigt, birgt selbst Streitpotential. Eine Kommentatorin kritisierte, dass das Schweigen von Politiker*innen zum Desaster im Kulturpalast beigetragen hätte. Doch: Es war keine Politiker*innenveranstaltung, sondern eine Kulturveranstaltung zu einem Grundthema unserer Verfassung - der Meinungsfreiheit. Hier war und ist Zivilcourage gefragt - von uns allen.

Auf Einladung der Landeshauptstadt Dresden fand die sehr gut besuchte Podiumsdiskussion „Meinungsfreiheit in der Demokratie“ mit Durs Grünbein (im Foto rechts) und Uwe Tellkamp (Bildmitte) am 8. März 2018 vor 800 Gästen im Saal des Kulturpalastes Dresden statt. Die versierte langjährige Journalistin und Literaturexpertin der „Sächsischen Zeitung“, Karin Großmann (im Foto vierte von links), moderierte die Veranstaltung. Kulturbürgermeisterin Annetrin Klepsch (Erste von links) eröffnete die Diskussion.



KOLUMNE

ganz
hinten
links



von Jens Matthis

Lärm ist wirklich schlimm, finden Sie nicht auch? Nein, natürlich nicht der Straßenlärm oder Lärm lauter Nachbarn, daran hat man sich gewöhnt. Aber das Einwerfen von Flaschen und Gläsern in die dafür vorgesehenen Behälter ist doch wirklich unerträglich. Im Stadtrat wurde neulich fast eine Stunde lang darüber debattiert, ob das in der Polizeiverordnung außer sonntags und nachts künftighin auch an Wochentagen um die Mittagszeit erlaubt ist oder nicht.

Dabei wurden nicht nur mit viel Pathos der Geist der Gesetze beschworen, sondern auch einige Scherben hinterlassen. Ein prominenter grüner und ein prominenter sozialdemokratischer Stadtrat nahmen diesen weltbewegenden Tagesordnungspunkt zum Anlass, sich nach allen Regeln der Kunst gegenseitig und sehr persönlich zu beleidigen. Keine gute Stunde für die rotgrün-rote Stadtratskooperation. Wer soll denn diese Scherben aufkehren oder gar kitten?

A propos Polizeiverordnung: Erinnern Sie sich noch? Vor ein paar Wochen wurde per Polizeiverordnung das Betteln durch Kinder verboten. Nein, es ginge nicht gegen Roma, hieß es damals, es sei nur zum Besten der Kinder, die Stadt wolle das sozialpädagogisch begleiten und natürlich keinesfalls die Roma-Eltern kriminalisieren. Noch bevor die versprochene sozialpädagogische Begleitung auch nur in Sicht war, meldeten die Gendarmen des Ordnungsamtes Vollzug. Man habe die Eltern bettelnder Kinder mit einer Ordnungsstrafe belegt, die deren monatliche Einkünfte deutlich übersteigt. Und da sie diese nicht zahlen konnten, habe man sie der Stadt verwiesen. Sozialpädagogische Begleitung nicht mehr nötig.

Zigeuner der Stadt verweisen, so hat man das in Deutschland schon vor hundert und vor achtzig Jahren gemacht. Durchaus ein Grund, um etwas Lärm zu machen.

jens.matthis@dielinke-dresden.de

Für eine Welt ohne Waffen und Kinderarbeit

Vorreiter im Divestment auf kommunaler Ebene ist die Stadt Münster. Ihr folgten Städte wie Berlin, Bremen, Göttingen und Stuttgart. Warum Nachhaltigkeit auch im Einsatz investiver Anlagen für Kommunen wichtig und möglich ist, beschreibt Kerstin Wagner.

von Kerstin Wagner

Ich will in einer Welt ohne Kriege leben. Ich will, dass Kinder in die Schule gehen, statt Felsbrocken zu faustgroßen Steinen zu zerschlagen oder Sachen nähren.

Ich will, dass Konzerne genauso besteuert werden wie Handwerksfirmen.

Und ich will, dass gefährliche Verfahren zur Rohstoff- oder Energiegewinnung einer Kosten- Nutzen- Schätzung unterzogen werden, BEVOR man sie nutzt und mit ihnen Geld verdient.

Was das alles miteinander zu tun hat?

Indirekt finanzieren Banken Rüstungsindustrie, Fracking und Kinderarbeit mit, indem sie Beteiligungen an Konzernen halten, die dieses betreiben oder tolerieren. Indem wir als Stadt die liquiden Mittel bei solchen Banken anlegen, tragen wir Verantwortung für solche Geldanlagen. Eine Lösung wären städtische Anlagerichtlinien, die Kriterien für städtische Geldanlagen formulieren. DIE LINKE möchte den Oberbürgermeister beauftragen, solche Richtlinien zu erstellen und sucht Mehrheiten für dieses Vorhaben.

Kritiker konstatieren, dass man durch Anlagerichtlinien nicht verhindern könnte dass es Kinderarbeit und Wafenexporte gibt. Wir finden, dass man es trotzdem wenigstens versuchen und seinen Teil beitragen muss. In der Begründung zum Antrag heißt es: „Ökologische Nachhaltigkeit und soziale und ethische Verantwortung bei Finanzanlagen sind unter der Bezeichnung „Divestment“ inzwischen sehr verbreitet und dienen Kommunen (z. B. Stuttgart, Münster) als Kriterium bei Anlageentscheidungen. Die bisherigen Anlagekriterien der Stadt Dresden beziehen sich lediglich auf Konditionen, Verfügbarkeit und Sicherheit der Geldanlagen, wie die Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums des Inneren über die Grundsätze der kommunalen Haushalts- und Wirtschaftsführung es fordert. Die langjährigen guten Erfahrungen mit den ortsansässigen Banken und Sparkassen sind weiterhin ein Auswahlkriterium für die Zusammenarbeit. Aber die Ver-



Beim Fracking bestehen vor allem große Gefahren für das Grundwasser durch die chemischen Zusätze. Durch den enormen Wasserverbrauch zur Gewinnung von Erdgas ist das Verfahren sehr umstritten.

Münster ist Vorreiter für Deutschland, doch international nicht an erster Stelle. Zuvor haben beispielsweise San Francisco (USA), Oxford (GB) und Oslo (Norwegens Hauptstadt) beschlossen, ihre Gelder aus der Produktion und Verwendung fossiler Energiequellen zurückzuziehen. Weltweit haben inzwischen viele

Universitäten, Kirchen etc. sich der Kampagne angeschlossen. Von besonderer Bedeutung kann sein, dass der norwegische Nationalfonds – mit einem Volumen von 850 Milliarden Dollar der größte Staatsfonds weltweit – im Februar 2015 angekündigt hat, sich von Beteiligungen an 32 Kohle-Konzernen zu verabschieden.

antwortung der Kommune für den globalen Handel, für soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz besteht nicht nur auf dem Papier, ihr kann tatsächlich Rechnung getragen werden. Wenn die liquiden Mittel der Stadt, immerhin rund 500 Millionen Euro, nach ökologischen, sozialen und ethischen Richtlinien angelegt werden, trägt die Kommune zur Finanzierung nachhaltiger, ökologischer, sozialer und friedensstiftender Projekte

bei. Jeder Euro, der nicht in Waffenproduktion, Fracking oder Kinderarbeit „angelegt“ wird, unterstützt im Gegenteil Unternehmen, die ethisch, sozial und ökologisch nachhaltig handeln.“

Übrigens entstand der Antrag auf Anregung eines Besuchers einer „Sprechstunde unter freiem Himmel“ hin, ich selbst hatte von Divestment bis dahin noch nichts gehört. Danke dafür!

#social media

Gut informiert sein mit einem Klick



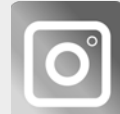
www.facebook.com/DieLinkeDresdnerStadtrat



twitter.com/LinkeStaDDrat



www.youtube.com/channel/UC3vuHY1KgCCcsVwA8YUx6zw



www.instagram.com/linkestaddrat

Neueste Infos unserer Fraktion können im Netz abonniert werden